

Die Anzahl der Personen, die ausschließlich bzw. gleichlaufend mit einer Verbindungsaufnahme ins Ausland mittels provokativ-demonstrativer Handlungen¹ bzw. deren Androhung ihre Übersiedlung zu erzwingen versuchten, ist um mehr als ein Viertel zum Vorjahr zurückgegangen. Damit setzte sich die bis 1979 festzustellende steigende Tendenz derartiger Verhaltensweisen im Berichtszeitraum nicht fort.

Diese Täter waren zum Teil um die Erzielung einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit, insbesondere durch Einbeziehung von Stellen des westlichen Auslandes sowie durch entsprechende Auswahl der Tatorte und Tatzeitpunkte, wie z. B. Auftreten mit Plakaten bei Maidemonstrationen, bemüht.

In 25 Fällen kam es zum Wiederanfall Amnestierter (12,5 % der in Bearbeitung genommenen Übersiedlungersuchenden), die eine Wiedereingliederung nach der Amnestierung 1979 verweigerten (3), nach ihrer Haftentlassung Verbindung ins kapitalistische Ausland aufnahmen (12) oder provokativ-demonstrative Handlungen androhten bzw. durchführten (10).

- Den territorialen Schwerpunkt bei Straftaten Übersiedlungersuchender stellt der Bezirk Dresden dar (55 = über ein Viertel der deshalb in Bearbeitung genommenen Ermittlungsverfahren). Es folgen Berlin (23) und Leipzig (20).

Die Täter stehen sämtlich unter dem Einfluß der politisch-ideologischen Diversion des Gegners, besonders seiner elektronischen Medien. Bei ca. 25 % dieser Beschuldigten wurde die feindliche Einwirkung durch Kontakte zu ehemals in der DDR wohnhaft gewesenen Personen geprägt. Diese Einflüsse führten zu meist verhärteten feindlichen Einstellungen zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, zur Herausbildung ihrer Motivation und Entschlußfassung sowie zur Übernahme der gegnerischen Argumente bei der Abfassung der Übersiedlungersuchen und zeigt sich weiter in einer hohen Hartnäckigkeit, mit der die Täter seit mehreren Jahren ihre Übersiedlungsabsicht verfolgten (114 Pers.)

¹ Übersicht über die dabei angewendeten Methoden siehe Anlage 1